

Bezugspreis:
Der „Tannusbote“ erscheint
täglich, jedoch mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage
und kostet im Vierteljahr
12 Pf., im halben Jahr
22 Pf., im Jahr 40 Pf.
Durch die Post
bis Haus gebracht stellt sich
der Bezugspreis auf 45 Pf.
Wochenposten, durch unsere
Geschäftsstelle und unsere 5
Filialen zu beziehen, 25 Pf.
Einschneidung 10 Pf.

Geschäftsstelle: Rindenschlag 1
Jannschkestr. 9

Tannusbote

Homburger Tageblatt

Anzeiger für Bad Homburg v.d. Höhe

Anzeigenpreis:
Die fünfspaltige Kopfzeile
oder deren Raum kostet
20 Pf., im Restteil die
Zeile 40 Pf. Bei An-
zeigen von anderwärts kostet
die fünfspaltige Kopfzeile
25 Pf., im Restteil 30 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt
Daueranzeigen nach Vereinbarung.
Inserate rechtzeitig einbringen.

Postfachkonto Nr. 8774
Frankfurt am Main

Nr. 270

Samstag, den 16. November 1918

Gegründet 1859

Bürger heraus!

Von Julius Werner.

Wir haben Arbeiter- und Soldatenräte. Neuerdings sind die Bauern hinzugegetreten und haben ihre Mithilfe zur Verminderung der öffentlichen Notstände zur Verfügung gestellt. Auch die Akademiker und anderen Geistesarbeiter haben sich zur Hilfsaktion zusammengefunden, von der berechtigten Ansicht durchdrungen, daß zur wahren Volksgesundheit notwendig die Pflege kultureller Güter des Innenlebens gehört. Bei dieser ganzen Entwicklung unserer öffentlichen Zustände erscheint es geradezu als eine Selbstverständlichkeit, wenn nunmehr in den Städten das Bürgertum in einer den neuesten Verhältnissen entsprechenden Organisationsform in Erscheinung tritt. Die bestehenden Soldaten- und Arbeiterräte, die so ohnehin auf die das Ganze zusammenhaltende Arbeit der städtischen Selbstverwaltungskörperschaften, der Staatsbeamtenschaft und Militärbehörden nicht glauben verzichten zu sollen, begrüßen geradezu vielfach die Begründung von Bürgerausschüssen, ja auch von Bürgerwehren. Dazu kommt, daß die neue Regierungsform selbst in ihrer Verfassung gewissermaßen die Aufforderung an die städtische Bürgerschaft enthält, sich mitzuteilnehmend, darum auch mitberatend zu beteiligen. Ja, so will es die neue Form des demokratischen Volksstaates. Kein politisch nachdenklicher Mensch in Deutschland wünscht die Nachahmung von russischen Auflösungs- und Verfallzuständen. Die Bolschewiken wollen gar keine Demokratie; sie erstreben die reinste Klassenherrschaft, die rücksichtsloseste Diktatur eines Standes. Ein solches Staatssystem aber, das ebenso einseitig und grausam sich erweist, wie die zaristische Gewaltherrschaft, ist ganz etwas anderes als der erstrebte Volksstaat in Deutschland. Der Volksstaat umfaßt, wie sein Name schon besagt, das ganze Volk, kann also nicht die Kleinberechtigung einer Volksklasse wollen, sondern die Gleichberechtigung aller Stände, die in ihrer Zusammenfassung eben das Volksganze bilden. Sind nun alle Schichten zur Mitarbeit verpflichtet, dann sind auch sie zur Mitregierung berechtigt. Daraus folgt mit zwingender Notwendigkeit, daß das Bürgertum niemals wie hilflose Marionetten in der Hand irgend eines anderen Standes kann behandelt werden.

Wenn daher in den nächsten Tagen in vielen Städten, natürlich im vollen Einverständnis mit den neuen Gewalten und ohne bestimmte politische Parteirichtung, der Ruf zur Errichtung von Bürgerausschüssen ertönt, so muß erwartet werden, daß sich alle ohne Rücksicht auf Beruf, Stand, Geschlecht und bisherige Parteizugehörigkeit freudig bereit finden lassen. Gilt es doch nicht nur den Arbeiter und Soldatenrat in seiner Fürsorge für Ordnung und Freiheit zu unterstützen. Die nächstliegende dringende Aufgabe, der sich niemand entziehen darf, besteht in der Mitwirkung bei der Verpflegung der heimkehrenden Krieger auf ihrem Durchzug durch unsere Stadt. Von der Dringlichkeit und dem Umfang dieser Verpflichtung hat uns ja die gestrige Versammlung*) überzeugt. Ob daneben die Errichtung einer Bürgerwehr im Sinne eines Ordnungsausschusses stattfinden kann und muß, bleibt einer besonderen Erwägung vorbehalten. Eine weitere Aufgabe ergibt sich im Hinblick auf die bevorstehende Nationalversammlung, die berufen ist, die endgültige Staatsform des neuen Reiches gesetzmäßig festzulegen. Nach Ausrufung des Reiches hat sich Ebert als die Wahl nach der Heimkehr der Frontsoldaten, also für die zweite Dezember- oder erste Januarhälfte zu erwarten. Die Vorbereitung zu den Wahlen erfordert aber ebenfalls viel Mühe und freiwillige Hilfskräfte.

Man sieht aus allem: es ist jetzt wahrlich keine Zeit, sich in gebedete Sicherheitsstellungen bequemer Behaglichkeit zu verfrachten.

* Wir verweisen auf den Bericht über die Versammlung im Kurhaus.

Es heißt vielmehr: Bürger heraus! Heraus aus der Selbstsucht und gedankenlosen Vergnügungssucht! Hinein, beherzt und entschlossen in die Arbeit für das Gesamtwohl unseres schwergeprüften, aber heißgeliebten Volkes!

Englands Kriegskosten.

Im englischen Unterhaus sagte Bonar Law bei der Einbringung der letzten Kreditvorlage für das laufende Finanzjahr im Betrage von 700 Millionen Pfund Sterling, er erwarte, daß die Ausgaben weniger als 700 Millionen betragen werden. Man könne nicht mit einer sofortigen starken Abnahme in der Auszahlung der Gehälter rechnen, wenn dies das Ende des Krieges sei, so würden auch einige von den Demobilisierungsausgaben mit diesem Kredit bestritten werden müssen. Was die Marine betreffe, so würden die Ausgaben für Kriegsmaterial vermindert werden. Sobald dies ohne Gefahr geschehen könne, würden alle verfügbaren Gelder für den Bau von Handelsschiffen verwendet werden. Bonar Law fuhr fort: Wir und die anderen Alliierten werden dafür sorgen müssen, Lebensmittel nach Europa zu bringen, was für das Land eine größere Ausgabe, aber keine dauernden großen Lasten bedeuten würde. Der Vorschlag für 98 Tage bis zum 19. Oktober betrug 6 386 000 Pfund täglich. Die tatsächlichen Ausgaben waren 6 398 000 Pfund täglich. Für 202 Tage bis zum 19. Oktober wurden die Ausgaben auf 1411 Millionen geschätzt. Die tatsächlichen Ausgaben beliefen sich auf 1351 Millionen, jedoch 60 Millionen erspart wurden. Für dieselbe Zeitperiode betrugen die Ersparnisse 298 000 täglich. Von diesem Betrage entfielen nur 37 000 Pfund täglich auf die Reduktion der Streitkräfte. Die Verminderung der Ausgaben an die Alliierten und an die Dominions belief sich auf 276 000 Pfund täglich. Für die Armee seien Mehrausgaben von 30 1/2 Millionen Pfund notwendig gewesen, da die Streitkräfte bis zum gegenwärtigen Augenblick viel größer waren, als zur Zeit des Vorschlages angenommen wurde. Die Ausgaben betrugen bis zum 19. Oktober 1465 Millionen, an die Dominions 218 1/2 Mill., an Rußland wurden im ganzen 568 Mill. gegeben, an Frankreich 425 Mill., an Italien 345 Mill. und an die anderen kleinen Staaten 127 Millionen. Bonar Law gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß der Wert des Alliiertenbestandes bedeutend besser sei als die Schätzungen, die er in seiner Erklärung über das Budget gab.

Was die heimische Schuldenlast betreffe, sagte Bonar Law, so brauchen wir nicht besorgt zu sein und wir können annehmen, daß unsere Schuldenlast am Ende des Krieges tausend Millionen nicht übersteigen wird. Bonar Law verwies auf die Tatsache, daß der Krieg offenbar vorbei sei und sagte: Der wichtigste Faktor, der zum Siege mit beitrug, sei das enge Verhältnis mit den Verbündeten gewesen. Diese arbeiteten wie eine einzige Macht, die einen gemeinsamen Zweck verfolgte. Es sei von wesentlicher Bedeutung für die Welt, daß diese enge Einheitlichkeit fortgesetzt wird und bestehen bleibt, während die Verwüstungen des Krieges wieder gut gemacht werden. Bonar Law sprach die Hoffnung aus, daß eines der guten Ergebnisse des Krieges ein dauerndes besseres Einvernehmen mit den Völkern sein würde, mit denen England verbündet sei. Was Amerika betreffe, so wäre es für England, für seine Ideale und den zukünftigen Frieden der zivilisierten Welt von großer Bedeutung, wenn als Ergebnis dieses Krieges das Einverständnis zwischen Amerika und England besser wäre als je. Bonar Law sprach Serbien und Belgien seine Anerkennung aus und sagte: Ueber Italien hörte man im Unterhaus Reden, woraus man den Eindruck bekam, daß die Italiener nur daran dächten, aus imperialistischen Gründen sich Gebiet anzueignen. Das Unterhaus und das Land sollen sich aber daran erinnern, daß Italien bei Ausbruch des Krieges mit den Feinden Englands verbunden war. Es sei eine idealistische Bewe-

gung gewesen, die Italien dazu zwang, in den Krieg zu gehen und an der Seite der Alliierten für Gerechtigkeit und Freiheit zu kämpfen. Zum Schluß sagte er: Wir errangen einen großen Sieg, aber wir mußten auch einen hohen Preis dafür zahlen. Wir dürfen das nicht vergessen.

Zur Demobilisierung.

Berlin, 13. Nov. (W.B.) Die deutschen Bevollmächtigten gaben bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes nachfolgende Erklärung ab: Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der auferlegten Verpflichtungen Sorge zu tragen. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung hin ein Entgegenkommen gezeigt worden ist. (Es folgt die Bezugnahme auf einen am 9. 11. und 10. 11. stattgehabten Austausch von Schriftstücken zwischen deutschen Bevollmächtigten und dem Marschall Foch.) Sie dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Kürze der Räumungssfrist sowie die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel einen Zustand herbeizuführen drohen, der ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen kann. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erachten es ferner für ihre Pflicht, unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen muß. Nach den Kundgebungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, mußten Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Gegner die Qualen der am Kampfe unbeteiligten Frauen und Kinder, beendet hätten. Das deutsche Volk, das 60 Monate lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.

Rotterdam, 13. Nov. (W.B.) Drahtlos hier wurde folgender Funkspruch des Schweizer Gesandten in Washington an das Ministerium des Aeußern in Bern aufgegeben: Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugeföhrt, die Ihr Kabel Nummer 57 enthielt, und Staatssekretär Lausung ersuchte mich, folgende Antwort zu übermitteln: In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der alliierten Regierungen in dem Obersten Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert haben, daß alles, was unter den Umständen möglich ist, geschehen wird, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern, die an vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelbare Schritte getan werden können, um diese Unterstützung in derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle mit Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Ansicht aus, daß mit Hilfe der stillliegenden Schiffe der Mittelmächte es als bald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung von der Furcht vor völliger Verelendung zu befreien und ihnen um ihre Energie für die großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues freizumachen, denen sie überall gegenüberstehen. Dementsprechend beauftragte mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit sei, die Lieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollender Erwägung zu ziehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin erssend bleibt und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist. gen. Sulzer, Schweizerischer Gesandter.

Berlin, 15. Nov. Wie die Eisenbahnverwaltung mitteilt, wird von morgen Samstag

ab zur glatten Durchführung der Demobilisierung der Schienenzügeverkehr vollständig eingestellt werden. Ueber den Umfang der Aufrechterhaltung des Personenverkehrs ist bis zur Stunde noch nichts bestimmtes festgelegt, doch werden voraussichtlich auch im Personenverkehr einschneidende Einschränkungen zu erwarten sein. In gut unterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß auch der Personenzugverkehr auf einzelnen Strecken bis auf weiteres eingestellt wird. In Güterverkehr werden ebenfalls Einschränkungen notwendig werden. Da auch die Beförderung der Briefpost eng mit dem Personenverkehr zusammenhängt, so muß auch bei der Briefpostbeförderung mit Verzögerungen gerechnet werden. (Fest. Hg.)

Berlin, 15. Nov. Im Reichstag fand gestern Abend eine Sitzung der Soldatenräte der Berliner Garnison statt. Reichstagskanzler Ebert führte u. a. folgendes aus: Ich möchte zunächst bemerken, daß wir gegen die Bildung der Roten Garde sind. Nachdrücklich die wir heute erhalten haben, bestätigen zwar, daß die Front sich bis zum letzten Tage wacker geschlagen und gehalten hat, daß aber die Etappe im Begriffe steht, sich aufzulösen. Dieses Chaos wird vermehrt durch die Unmöglichkeit, die zurückflutenden Massen gründlich zu ernähren. Dadurch leidet die Selbstsucht des Mannes. Wir müssen das Industriegebiet intakt halten, und wir müssen die Ernährung organisieren. Dazu brauchen wir Ruhe und Sicherheit im Innern. Organisationen auf den Bahnhöfen müssen geschaffen werden, die Heimkehrenden verpflegen und ihnen Arbeit zuweisen. Die Zukunft unseres Volkes, unserer Frauen und Kinder gilt es auf das schnellste sicher zu stellen, und ich bitte Sie, um ihre starke Arme zu leihen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. Novbr. Reichstagskanzler Ebert hat gestern im Gespräch mit einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ folgendes mitgeteilt: Wir sind fest entschlossen, die Konstante so schnell wie möglich einzuberufen. Jeder Verdacht, den einige bürgerliche Kreise gegen diese unsere Absicht hegen, ist völlig unbegründet. Wir haben bereits die ersten Vorarbeiten getroffen und hoffen bestimmt, im Januar zu den Wahlen zu gelangen. Der Gedanke, diese Wahlen vor der Rückkehr der Truppen vorzunehmen, ist darum unausführbar, weil diese heute weder mehr an der Front und der Etappe feststehen, noch andererseits schon in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Im Gespräch über die heutige Note Wilsons sagte der Reichstagskanzler: Wir haben heute Besprechungen mit den führenden Fraktionen gepflogen und dahin gewirkt, daß Schiffe, Kohlen u. a. sofort bereit gestellt werden, um die von Amerika bereit gestellten Nahrungsmittel so rasch wie möglich ins Land zu bringen.

Berlin, 15. Novbr. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat der preussische Rat der Volksbeauftragten beide Häuser des preussischen Landtages aufgelöst. Das Herrenhaus ist nach der Verfassung bekanntlich unauflösbar.

Ferner wurde gestern dem Abgeordneten im Reichstag erklärt, daß das Haus für alle Abgeordneten heute geschlossen werden würde, da der Reichstag als aufgelöst betrachtet wird.

Haag, 15. Novbr. Aus Paris wird gemeldet, daß die deutsche Demobilisation wunschgemäß verläuft. Die Amerikaner rücken in Richtung Mech und Straßburg vor, wo sie in der nächsten Woche eintreffen werden. Die offizielle Uebergabe dieser beiden Städte wird an Foch erfolgen. Clemenceau und Poincaré werden dabei anwesend sein.

Haag, 15. Novbr. Aus London wird gemeldet: Lord George hielt im Komitee seiner Partei eine Rede, in der er über den Frieden sagte, daß er nicht so weit zu gehen gedente, wie die Resolution von Paris bezüglich des Wirtschaftskrieges verlangt. Der dritte Punkt des Wilsonschen Programms hätte zur Folge, daß jeder Gedanke an einen Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß wegfällt. (Vorwärts.)

Stadtnachrichten.

Hilfsmaßnahmen für die heimkehrenden Krieger.

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Bad Homburg hatte gestern nachmittag im Rathaus eine öffentliche Versammlung einberufen, um der hiesigen Bürgerschaft sowie den Soldaten Aufklärung zu geben über die sich aus der Heimkehr der Krieger für die hiesige Bevölkerung ergebenden Pflichten. Leutnant von der Upwich, der leithin eine Dienstreise ins Große Hauptquartier unternommen hatte, berichtete über seine Eindrücke, die er auf der Hin- und Rückreise von dem Zustande der heimkehrenden Truppen gewonnen hatte. Er erklärte vorweg, daß er keine Panik heraufbeschwören wolle, sondern nur Hilfsmaßnahmen anregen wolle, die getroffen werden müßten, um großes Unheil in den kommenden Wochen von unserm Vaterlande und speziell vom Obertaunuskreis abzuwenden. Wir lassen hier in großen Zügen die Ausführungen des Redners folgen:

Es gelte 4 000 000 Mann in einem Zeitraum von 14 Tagen über den Rhein hinweg in die Heimat zu führen. Mustergültig war noch die Ordnung, die er in den zuerst passierten Großstädten auf der Hinfahrt angetroffen hatte. In Aachen aber änderte sich das Bild. Viele Kraftwagen waren dort, in denen Offiziere und Mannschaften eigenmächtig nach Deutschland hineinfuhren. Hinter Aachen, auf der großen Heeresstraße nach Belgien, zeigte sich ein Bild, wie es wohl auch hier werden wird, wenn nicht Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden. Die zum großen Teil aufgelösten Truppen machten einen sehr müden Eindruck. Nach und nach warfen sie ihre Waffen fort. Bei diesem Durcheinander von Menschen und militärischen Ausrüstungsgegenständen gäbe es allerdings auch noch geregelte Formationen. Bei Kerviers ändert sich abermals das Bild durch die Einmischung der siegesbewußten belgischen Bevölkerung in den Heereskörper. Groß ist hier die Demoralisation der deutschen Truppen, sie verkaufen Waffen und Pferde für billiges Geld. Die eigentlichen Kampfruppen an der Front bilden noch ein geschlossenes Ganze. Schlimm ist es für diese, wenn die Verpflegung versagt, denn darauf basiert die ganze Demobilisierung.

Leutnant von der Upwich kam dann auf die Aufgabe der Soldatenräte wie überhaupt auf die gesamte Rätebewegung zu sprechen. Sie herrschen leider jetzt noch zum großen Teil willkürlich. Ihre wichtigste Aufgabe ist jetzt, für Zucht und Ordnung im Lande zu sorgen. Denn die Oberste Heeresleitung hat die ganze Demobilisierung auf die Stärke der Heimat aufgebaut. Zurzeit ist das aber nicht so und das beunruhigt die Oberste Heeresleitung. Die Lebensmittelversorgung für uns und die Truppe ist gefährdet, wenn wir uns nicht fest zusammen nehmen.

Weiter sprach der Redner von der Lage, wie sie sich in den nächsten Tagen in unserer Heimat gestalten wird, wenn wir nicht den Truppen den geregelten Durchzug durch den Obertaunuskreis ermöglichen. Die Soldatenräte allein sind dieser Aufgabe nicht gewachsen. Jeder hat die Pflicht, hier einzugreifen. Einzelne Truppen werden zunächst hier durchziehen, dann werden Kraftwagen erscheinen und ihnen folgen die größeren Kolonnen. 2000 bis 5000 Mann werden schätzungsweise jeden Tag durch Homburg ziehen. Eine Unmasse von Kranken und Geunden wird es geben, denen geholfen werden muß, Geld werden die wenigsten der Soldaten noch haben und wenn sie dann Hunger leiden müssen, werden sie auf Mordraub angewiesen sein. Und die wetterharten Soldaten gehen dabei ziemlich roh vor, wenngleich sie das Heimatgefühl nicht verloren haben. Etwa einen Monat wird die Demobilisierung dauern.

Da wir nach Ansicht des Redners in 2 bis 3 Tagen in den Wirbel hineingeraten, machte er Vorschläge zur schleunigen Ausführung von Hilfsmaßnahmen für die heimkehrenden Krieger. Es gilt mit Frankfurt und Mainz in Verbindung zu treten, um Marschrichtungen festzusetzen. Die Verpflegung muß sichergestellt werden, wichtig ist die Frage der Lazarette und der Quartiere. Zur Unterkunft verlangen die Soldaten nur ein schützendes und warmes Dach. Eine allgemeine Bürgerwehr muß sich bilden, sich zum Ziel machen, Zucht und Ordnung aufrechtzuerhalten. Alle Unruher müssen sich zusammen tun, um hierbei mitzuhelfen. Eine Forderung sei noch unerläßlich, daß für die nächsten Wochen alle politischen Sonderinteressen ausgeschaltet werden. Vor allen Dingen aber muß die Hilfsaktion und die Bürgerwehr in den nächsten 2 bis 3 Tagen ins Leben treten, soll die Panik und damit schwerer Schaden für die Stadt und den Kreis abgewendet werden. Die Hörer folgten den ruhigen und sachlichen Ausführungen des Redners mit gespanntester Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeister Lübbe nahm daraufhin das Wort. Er sprach, daß es jede Panik in der Bevölkerung zu vermeiden gelte aber es drohe eine Gefahr, der wir begegnen müßten, um sie abzuwenden. Schwierig ist, daß die Sache so schnell gelassen ist. Unterkunft und Verpflegung zu beschaffen, das ist die Hauptsache. Für Massenleistungen sind schon Schritte getan. Schwierig sind sie allerdings durchzuführen, weil wir keine überflüssigen Lebensmittel haben. Doch besteht die Aussicht, Lebensmittel, soweit sie fehlen, zu beschaffen. Was die Frage der Unterkunft der Truppen anbelangt, so ist es ausgeschlossen, sie in Bürgerquartiere zu legen, schon wegen des fortwährenden Wechsels. Nur Massenquartiere kommen in Betracht. Sämtliche Schulen bleiben solange geschlossen bis die Einquartierung vorbei ist. Die Säle der Gastwirtschaften und die Kirchen sollen auch belegt werden. So hoffe man der Hauptgefahr zu begegnen. Die Errichtung von Bürgerwehren empfiehlt er ebenfalls. An sämtliche Mitbürger richtete der Redner dann noch die dringende Bitte, sich in den Dienst der Sache freiwillig zu stellen. Die Stadt tut, was sie kann, aber nur wenn sie von der Bürgerschaft unterstützt wird.

Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen unseres Oberbürgermeisters sprach noch der Vorsitzende des Homburger Arbeiterrates Odenweller. Er forderte namentlich von der Bürgerschaft Vertrauen zu der Sache des Arbeiterrates. Er rebete weiter aus innerster Überzeugung von der Pflicht des Einzelnen, mitzuarbeiten an der Sache des Vaterlandes. Das Schlußwort hatte ein Mitglied des Homburger Soldatenrates, der sich an die anwesenden Soldaten wandte. Mit einem dreifachen Hurra auf das deutsche Volk erreichte die eindrucksvolle Kundgebung nach 5 Uhr ihr Ende. Am Ausgang des Versammlungslokales waren Listen ausgelegt zur Einzelnennung hilfsbereiter Kräfte für die Arbeiten, die sich aus den Hilfsmaßnahmen für die heimkehrenden Krieger ergeben.

Im Anschluß an diese Versammlung wurde im gleichen Lokale noch eine zweite Versammlung abgehalten, in der das gleiche Thema behandelt wurde.

Was inzwischen an Hilfsmaßnahmen von Seiten der Stadt geschehen ist, geht aus der folgenden Zuschrift hervor, die uns der Magistrat überliefert.

Für den Durchzug der von der Front zurückkehrenden, Soldaten durch unsere Stadt haben die städtischen Behörden die weitestgehenden Vorbereitungen getroffen, soweit dies in der gebotenen Eile möglich war. Die Unterbringung erfolgt in Massenquartieren (Schulen, Wirtschaftsflächen usw.) Die Verpflegung in Form von Massenspeisung im Rathaus bzw. auf der Rathauskaserne. Der Vaterländische Frauenverein hat für die Herstellung der Suppen seine Dienste in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Da die durchziehenden Krieger sich nach weiter nichts sehnen werden, als nach der Stillung ihres Hungers und nach Ruhe, und da für beides in ausreichender Weise gesorgt ist, ist es ganz unnötig, überbrückender Besorgnis hinzugeben, daß der Durchmarsch durch die hiesige Stadt besondere Gefahren für die hiesige Einwohnerschaft mit sich bringen werde. Die Soldaten, welche nach langen Kämpfen und nach vielen Entbehrungen müde und hungrig hier ankommen, haben ein Anrecht darauf, von der Bevölkerung freundlich und wohlwollend empfangen zu werden; und sie werden ein solches Entgegenkommen in Dankbarkeit annehmen und in dementsprechender Weise auch hier auftreten. Für alle Fälle ist die Bildung einer Hilfswehr aus sämtlichen Einwohnern Homburgs unter 80 Jahren, welche militärisch ausgebildet sind, in die Wege geleitet. Diese Hilfswehr ist zur Unterstützung des Soldatenrats bestimmt und wird nur in dem Falle in Wirksamkeit treten, daß der Soldatenrat einmal nicht imstande sein sollte, einer Bewegung Herr zu werden.

Wichtige Nachrichten, namentlich Aufrufe, Anzeigen, mußten wir heute wegen Raummangels zurückstellen. Schuld hieran sind in erster Linie säumige Auftraggeber der Veröffentlichungen.

Rein Vortrag. Der für Montagabend im Saale „zum Römer“ angelegte Vortrag „Vom Kaiserreich zur Republik“ wird aufgeschoben, da der Saal für Massenquartiere benötigt wird.

100 Gramm Margarine. Eine erfreuliche Nachricht kommt vom Lebensmittelamt. Es sollen statt 50 gr. 100 gr. Margarine ausgegeben werden.

Berichtigung. Bei dem gestern veröffentlichten Fahrplan der Staatsbahnen nach Friedberg ebenfalls weggelassen, wie wir ja auch bereits tags zuvor berichtet hatten.

Schulanfang. In den beiden hiesigen Volksschulen im Gymnasium und Lyzeum beginnt der Unterricht für alle Schüler am nächsten Montag.

Bekanntmachung des Soldatenrates. Die am 15. 11. 18. erfolgte Beschlagnahme wird hiermit ausgedehnt auf das gesamte in Bad Homburg und Umgegend untergebrachte Eigentum des Großen Hauptquartiers.

Demgemäß unterliegen ihr außer den eingelieferten Wirtschaftsgegenständen aller Art insbesondere auch die Heiz- und Brennstoffe, Hausgeräte, Fahrzeuge, Verpflegungsmittel und dergleichen.

Die Anzeigen über den Besitz sind unverzüglich zu erstatten und werden vormittags von 9 bis 11 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Geschäftszimmer des Soldatenrats in Bad Homburg, Hotel Adler, entgegen genommen. Genaue Angabe nach Zahl, Maß oder Gewicht ist unerlässlich.

Unterlassen der Anmeldung zieht je nach der Beschaffenheit des Falles Geld- oder Freiheitsstrafe nach sich. Zuwiderhandeln wird außerdem für allen auf Unterlassung oder Verzögerung der Anzeige zurückzuführenden Schaden haftbar gemacht.

Verhüllungen der Bestände oder unrechtmäßige Bereicherungen daraus werden unnachlässig verfolgt.

Der Homburger Arbeiter- und Soldatenrat. J. A. Appel.

Sitzung des Kreistages. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages, die am Freitag vormittag im Kreishaufe stattfand, und an der außer 19 Kreistagsabgeordneten noch Mitglieder des Arbeiterrates teilnahmen, wies Landrat von Marx auf den Umschwung der Lage hin, der sich in Deutschland vollzogen hat, und richtete mahnende Worte an die Abgeordneten, auch unter der vorläufigen Reichsregierung treu im Dienst zu stehen, zum Wohl des gesamten Volkes. Die Durchberatung der Tagesordnung zeigte folgendes Ergebnis:

1. Der Vorschlag des Kreisausschusses über Abänderung des Verteilungsplanes der Kreistagsabgeordneten der Kreisordnung für die Provinz Hessen-Nassau wurde genehmigt.

2. Vorlage betr. Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Familienunterstützung. Die aus Mitteln des Reiches zu erstattende Zusatzunterstützung zu den reichsgesetzlichen Mindestsätzen wird vom 1. Novbr. d. J. ab gleichmäßig für alle Unterstützten um 5 Mark monatlich erhöht. Den Angehörigen von Kriegsteilnehmern, die Reichs- und Kreisunterstützung erhalten, soll eine einmalige außerordentliche Unterstützung in Höhe des letzten Monatsbetrages des Kreiszuschusses und denjenigen Angehörigen, die nur Reichsunterstützung beziehen, die Hälfte des fingierten berechnenden Monatsbetrages eines Kreiszuschusses nach den bestehenden Sätzen bewilligt werden. Für Erwerbslosenfürsorge sind 50 000 Mark bereitgestellt worden.

3. Von der Ausgabe von Notgeld für den Obertaunuskreis wurde Abstand genommen, nachdem der Bezirksverband beschloffen hat, für den Regierungsbezirk Wiesbaden Notgeld drucken zu lassen. Von diesem Notgeld wird der Obertaunuskreis 1 1/2 Mill. Mark übernehmen.

4. In die Kreiskommission zur Abschätzung von Grundstücken, Gebäuden, Materialien wurden vier Sachverständige gewählt, unter ihnen befindet sich Architekt Schlottner, Homburg. — Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr.

Die heimlichen Arbeitgeber und die Demobilisierung auf dem Arbeitsmarkt. Während man in Homburg mit seiner geringen Industrie den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ohne sonderliche Schwierigkeiten vollziehen wird, dürfte der Arbeitsmarkt in die Industrie distrikten und namentlich in den Großstädten in der nächsten Zeit eine schwere Belastungsprobe erfahren. Erstreckt ist es da von den Frankfurter Arbeitgebern zu hören, daß alle Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen, männliche und weibliche Angestellten daher für die nächste Zeit und bis zur Klärung der durch die militärische Demobilisierung geschaffenen Lage unter allen Umständen vermieden werden sollen. Von hohem sozialem Verantwortungsgelbst zeugt der Schlußsatz des Aufrufes der Frankf. Arbeitgeber, er lautet: Der erste Schritt ins neue Deutschland sei eine soziale Tat. Sie sei ein Denkmal der Einmütigkeit in der Lösung der ersten großen dem deutschen Volke gestellten Friedensaufgaben. — Sie sei der erste Gruß der Heimat an den deutschen Landsturmann und der erste Dank an Mann und Frau an der Werkbank und in der Schreibstube.

Der Dank des Waisenvaters. Seit Anfang dieses Jahres wurden für das Waisenhaus nachfolgend bezeichnete Geschenke bei dem Waisenvater abgegeben, wofür sei allen glücklichen Spendern, die auch in diesen letzten schweren Monaten der Waisen gedachten, hiermit der herzlichste Dank ausgesprochen sei. Frau C. Budde-5, Herr Ph. Braum 5, Herr Herr Dr. Schotte-Berlin 1, Ungenannt 2, desgl. Ungenannt 2, Herr J. Kofler anläßl. des Todes der Frau Fischer 10, Herr J. S. Kofler 20, Ungenannt, ge-

zeichnet S. f. K. 4, Ungenannt 250, Herr Ph. Wagner-Gonzenheim anläßl. des Todes seiner Gattin 5, Herr Sadler durch Herrn Pfarrer Jäckel anläßl. eines Hausverkaufs 20, Herr Max Fuld 20, Sammelbüchse Ritters Parkhotel 2, Herr W. Gött 2, Familie Schütz anläßl. eines Trauerfalls 3, Familie Kappe am Todestage ihres lieben Vaters 3, Frau J. A. Fischer 5, von lieben Kindern gesandt 150, Frau Dir. Schönmann 1, Frau S. Geldmacher 3, mit besonderer Bitte von Ungenannt 3 und von Herrn Schmiedemeister Hansen 5, Herr Geheimrat Weber 100, Herr A. Schilling, Rechnungserlaß von 4.40, R. A. durch Herrn Delan Holzhausen 150, R. A. 3, Frau C. Kirchner und Tochter 5, Frau A. Dippel zur Erinnerung ihres verstorbenen Gatten 50, R. A. durch Herrn Delan Holzhausen 2, R. A. im Geschäftstotal gefunden 2, Witwe Fritz Nagel am Begräbnistage ihrer lieben Schwester 5, Frau Reinboth 5, Frau C. W. Neusch 20, Sammelbüchse des Schiedsmann-Stellvertreters Herrn Ph. Holler 27.50, Herr Dir. Schönmann aus dem Erlös des Schülerkonzerts 50, Familie C. Wehn am Todestage ihres lieben Gatten 3, Herr Curt J. 10, Herr J. Katzajl 3 M.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet. Es ist in zahlreichen Kreisen des Volkes, die Frage aufgeworfen worden, ob es nach der Befreiung des linken Rheinufers durch den Feind vor allem mit den Städten Köln, Mainz, Koblenz noch unmittelbare Verkehrsbeziehungen geben wird. Diese Sorge dürfte überflüssig und unbegründet sein. Post, Telegraph und Eisenbahn werden auch während der Zeit der feindlichen Besetzung keinen wesentlichen Beschränkungen unterworfen sein. Wie weit eine Fesslung, Päckzwang und Durchsuchung der einzelnen Personen Platz greifen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist zu erwarten, daß der Verkehr mit den besetzten Gebieten aufrecht erhalten bleibt.

Unser Bestand an Eisenbahnwaggons und Lokomotiven. Angefaßt des Punktes 7 der Waffenstillstandsbedingungen, der die Abgabe von 150 000 Eisenbahnwaggons und 5000 Lokomotiven an den Siegerverband vorschreibt, ist es von Interesse, festzustellen, über welches Waggon- und Lokomotivmaterial wir in Deutschland gegenwärtig verfügen. Wie das „Berl. Tagebl.“ unterrichtet, erfährt, dürfte sich der Gesamtbestand aller deutschen Eisenbahnverwaltungen auf etwa 800 000 bedecken und offene Güterwagen und auf 35 000 Lokomotiven belaufen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein gewisser Teil dieses Fahrzeugmaterials sich zurzeit in den besetzten russischen Gebieten, in Oesterreich-Ungarn und auf dem Balkan befindet und zurzeit für uns nicht verfügbar ist.

Wie wird jetzt Recht gesprochen? Eine Anordnung in den bisher üblichen Formlichkeiten der Gerichte besteht darin, daß die Urteile nicht mehr unter Voraussetzung der Formel „Im Namen des Königs“ verfaßt werden, sondern mit Einleitung „Es ist für Recht erkannt worden“. Vor einem Berliner Schöffengericht verfaßt der Vorsitzende das Urteil „Im Namen der provisorischen Regierung“. Es sind Anweisungen über die weitere Handhabung und Ausführung der Rechtsprechung noch nicht erlassen. Es ist deshalb den Richtern überlassen worden, die Urteilsfassung in der von ihnen für richtig erachteten Form vorzunehmen.

Das ehemalige Kaiserpaar.

Haag, 15. Nov. Der „Daily-Telegraph“ meldet aus New-York: Der frühere Präsident Taft, der auf dem Gebiete des Völkerrechts als Fachmann gilt, äußerte die Ansicht, daß der deutsche Kaiser nach den bestehenden Völkerrechtsgrundsätzen von dem betreffenden Lande, in dem er sich aufhält, ausgeliefert werden müssen, und zwar, um vor einem Geschworenengericht der alliierten Länder gestellt zu werden. Von diesem kann er auf Grund der bestehenden Gesetze in Haft genommen werden. (Berl. Tagbl.)

Haag, 16. Nov. Die deutsche Kaiserin hat durch Vermittelung der holländischen Gesandtschaft in Berlin die Erlaubnis erhalten, sich nach Holland zu begeben. Sie soll heute morgen abgefahren sein und wird heute Nachmittag in Holland erwartet. (Zeff. Btg.)

Rotterdam, 14. Nov. (B. B.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ verläßt in hiesigen Schiffsahrtstreifen, daß die alliierten alle deutschen Schiffe auf bestimmte Zeit zu chartern beabsichtigen, um mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung der ganzen Welt in die Hand zu nehmen. Der Kriegsentwickelung werde sich um den Betrag dieser Schiffe weiter verringern.

Vom Tage.

Hanau, 12. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat den Stadtverordneten Dr. Wagner als Landrat und Polizeidirektor eingesetzt. Als Mitarbeiter steht ihm der leitende Landrat Reg.-Rat Schmidt zur Seite.

Molken-Anstalt

Winterbetrieb

Kaffee, Tee, Schokolade, Torten.

Rote Rüben

nur prima Ware werden verkauft 5248

Obergasse No. 9-11

von 9-12 und von 1.30-5 Uhr solange Vorrat reicht.

Konsum-Verein

Frankfurt a. M. u. Umgegend

Verteilungsstelle 49 Homburg v. d. H.

Die Auszahlung der Rückvergütung an unsere Mitglieder erfolgt im Laden Wallstraße 27

am Montag, 18., u. Dienstag 19. Nov.

vormittags 9-12 Uhr
nachmittags 2-6 UhrDer Vorstand des Konsumvereins
für Frankfurt a. M. u. Umgegend.

Strumpf-Klinik

Geschwister Schweizer

Karlsruhe i. Bad.

Hagenau i. Els.

fertigt aus unbrauchbar gewordenen

Strümpfen und Socken

tadellose Arbeit, brauchbar wie neu.

Muster zur Ansicht. Prosp. gratis u. franko

Auskunft und

Annahmestelle

für Frankfurt a. M. u. Umgegend

Inh. Wilhelmine Gebhard, Stiftstraße 4

Strumpf-Noak, Leipzigerstr. 23.

Patentamtlich geschützt
D. R. G. M. Nr. 668657

Jetzt beste Pflanzzeit!

ROSEN-

Hochstämme-Busch- und Schling-
RosenIn prima starken Pflanzen : : : In allen Sorten, Farben und
Neuheiten. 5238

Rosenkulturen Schultheis

OBERURSEL : Kaiserstrasse : 3 Min. v. Bahnhof

Tel. 183 : Liebfrauenstrasse 30 : 5 Min. v. Bahnh.

Olympia-Lichtspiele „Zum Römer“

Bad Homburg v. d. H.

Samstag, den 16. November, Abends 8 Uhr,
Sonntag, den 17. November, Nachm. 4 Uhr,
Abends 8 Uhr

Grosse Vorstellungen

Programm:

- 1) Eine tolle Ratte, Reizendes Lustspiel in 3 Acten.
- 2) Das Glück der Frau Beate, Grosses Gesellschafts-Drama in 4 Acten.
- 3) Einlagen nach Bedarf.

5217

Glück's Lichtspiele

Kirdorferstrasse 40, Telefon 147

Achtung!

Morgen Sonntag, Mittag 4 und abends 8 Uhr des Sensationschlagers

Die drei auf der Platte

in vier höchst spannenden Akten, sowie das reizende Lustspiel

Rentner Rockelmeier, ein Opfer des Avieges

sowie ein ausgezeichnetes Repertoire.

Jahresstellung

Gute Mitarbeiterin

sofort gesucht.

C. Kefes,

Buh- u. Modewaren

Luisenstraße 85.

5205

Gesucht

ein bess. zuverlässiges Mädchen
für Küche und Hausarbeit. Gute
Zeugnisse erforderlich. Anmeldung
zwischen 9 und 11 und 2-4 Uhr.

Frau Justizrat Zimmermann

5251 Luisenstraße 109.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter
Vater, treuefester Vater seiner Kinder, Stiefvater und Schwiegervater, Bruder, Schwager
und Großvater

Ludwig Schaller

im 65. Lebensjahre, nach kurzem, schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist.

Oberrieden (Taunusstraße 8), den 14. November 1918.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Die tieftrauernde Gattin Margarete Schaller, geb. Bender
Erth Schaller nebst Frau, Anna, geb. Dollinger
H. Schaller nebst Frau, Kunigunde, geb. Dollinger, Nieder-Eichbach
Ludwig Radtke nebst Frau, Katharine, geb. Schaller
Georg Kehler nebst Frau, Anna, geb. Kempf
Ph. Lepper nebst Frau, Ursula, geb. Kempf
Peter Schaller als Bruder
Witwe Ph. Schaller, geb. Moser, nebst 19 Enkelkinder.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr statt.

Gummi-Sohlen

Bester Ersatz für Leder
Filz-Ausnähsohlen
empfehlen 5240

H. Schilling

Bad Homburg.

Schutt

kann abgeladen werden
hinter der langen Meile
beim Bahndamm,

Zither

mit unterlegbaren Noten-
blättern billig abgegeben

Raabstraße 4, l.

5225

(Kirdorf)

Strümpfe

werden repariert

3 Paar alte ergeben 2 Paar
neue.

5241

Guingasse 12 Hinterbau.

Schönes

Schweizer Kalb

zur Aufzucht gegen Dieb-
wurz sofort abzugeben.

Molken-Anstalt.

Verloren

rotes Federportemonnaie

(Inhalt ca. 100 Mk.)

Gegen Belohnung abgegeben.

5244 Luisenstraße 145, l.

Schnauzer,

Hündin,

8 Monat alt, Pfeffer- u. Salzfarb,
glatt, schwarz, äußerst wachsam und
zuvorkommend, zu verkaufen.

Oberrieden i. T.

5238 Gotischhausstr. 18.

Briefmarken-

Sammlung

in schönem Schaubekalben
mit 2750 Marken für 300 Mk.
abzugeben. Näheres Ge-
schäftsstelle u. D. 5231.

Vorteilhaft zu verkaufen

1 Petroleumkessel, 2 Waschkas-
ten, 1 Steinapparat für 100 Lit.
Inhalt, 2 Holzröhrchen, 1 Holz-
schäber, 1 Kinder-Schaukel, 1 Tisch,
1 Puppenwagen, 1 Waschkübel,
1 Leinwand, 1 emaill. Topf,
1 Kessel sowie bis an den
Hanserat

Mariannenweg 10.

Wir suchen verkaufliche Häuser

an beliebigen Plätzen mit und ohne
Geschäftsbetrieb. Unterbreitung an
an vorübergehende Käufer. Verkauf
durch uns kostenlos. Nur Angebots-
von Selbst-gekauften, erwünscht ist
den Verlag der

Vermiet- u. Verkaufszentrale

Frankfurt a. M. Hansaallee

Kleine Werkstätte

oder leeres Zimmer

möglichst im Zentrum der Stadt
mieten gesucht.

Offerten unter A. 5224